



EINIGUNG IN DER TARIFRUNDE 2011

Eindrucksvoller Warnstreiktag in Mainz

Über 2000 Teilnehmer haben am 2. März in Mainz gezeigt, dass es ihnen ernst ist mit der Forderung nach Lohnzuwachs für den öffentlichen Dienst. Am 10. März haben die Gewerkschaften und die Arbeitgeber nach zähem Ringen ein Ergebnis erzielt, das keine Euphorie auslöst, aber zufriedenstellt.



Margarethe Relet: „Es hat sich gezeigt, dass die bundesweiten Warnstreiks in den letzten Wochen den Druck auf die Arbeitgeber erhöht hatten. Sie haben dazu beigetragen, dass die Arbeitgeber sich von einem ‚Nullangebot‘ zu einem Abschluss bewegt haben. Wir bedanken uns bei allen, die sich in Mainz gezeigt haben. Auch für die Beamtinnen und Beamten hat es sich gelohnt, Flagge zu zeigen, denn Finanzminister Carsten Kühn hat angekündigt, das Ergebnis 1 : 1 zu übernehmen, zunächst für das Jahr 2011.“



Margarethe Relet, stellv. GdP-Landesvorsitzende, mit Verhandlungsführer Möllring nach Bekanntgabe des Ergebnisses in Potsdam.

Foto: Kay Herschelmann



Bei aller Ernsthaftigkeit der Forderungen herrschte am 2. März beim Warnstreiktag in Mainz bei herrlichem Sonnenschein eine super Stimmung. **Maggi Relet:** „Ich habe in Potsdam schon 2009 die Geringschätzung gespürt, die Herr Möllring uns entgegenbringt. Von dem lassen wir uns die Stimmung nicht vermiesen.“ **Ernst Scharbach** demonstrierte in der ersten Reihe (oben). **Heinz Werner Gabler** moderierte in knackiger Reimform die Kundgebung (links unten).



Das Ergebnis in Kürze:

Einmalzahlung in Höhe von 360 Euro
1,5% ab 1. 4. 2011
1,9% ab 1. 1. 2012
anschließend 17 Euro Sockelbetrag
Laufzeit 24 Monate, ab 1. 1. 2011

Entgeltordnung:

Berücksichtigung der Bewährungsaufstiege bis zu sechs Jahren
Drittelaufstiege bei Ingenieuren
Dynamisierung der Zulagen

Auszubildende:

Einmalzahlung in Höhe von 120 Euro
1,5% ab 1. 4. 2011
1,9% ab 1. 1. 2012
anschließend 6 Euro Sockelbetrag
Laufzeit 24 Monate, ab 1. 1. 2011



Warum wer wohin darf oder muss...

Heinz Werner Gabler beantwortet die grundsätzlichen Fragen

Jedes Jahr, wenn der Versetzungstermin naht, geht sie wieder los, die sibyllinische Orakelbefragung. Wer wird versetzt, welche Kriterien müssen erfüllt sein, wer will noch alles versetzt werden, wo steh ich auf der Liste und, und, und.

Für die landesweit Eingestellten (einschließlich 25. Studiengang) gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten, um zwischen den Behörden und Einrichtungen zu wechseln.

Erstens, man bewirbt sich auf Funktionsausschreibungen, nimmt an den Auswahlverfahren teil und im Erfolgsfall erfolgt dann die Stellenbesetzung und damit nachfolgend die Versetzung.

Modifiziertes Einstellungsdatum

Die zweite Möglichkeit ergibt sich zum 1. 6. eines Jahres beim landesweiten Versetzungsverfahren. Auswahlkriterium ist in diesen Fällen das modifizierte Einstellungsdatum. Dieses setzt sich zusammen aus dem Einstellungsdatum abzüglich

der Zeiten eines Grundwehrdienstes, anderer anrechenbarer Vordienstzeiten oder Bonusjahre für Kinder (2 Jahre pro Kind).

Beispiel:

Einstellung 1. 9. 1996, 12 Monate Grundwehrdienst, **mod. Einstellungsdatum 1. 9. 1995.**

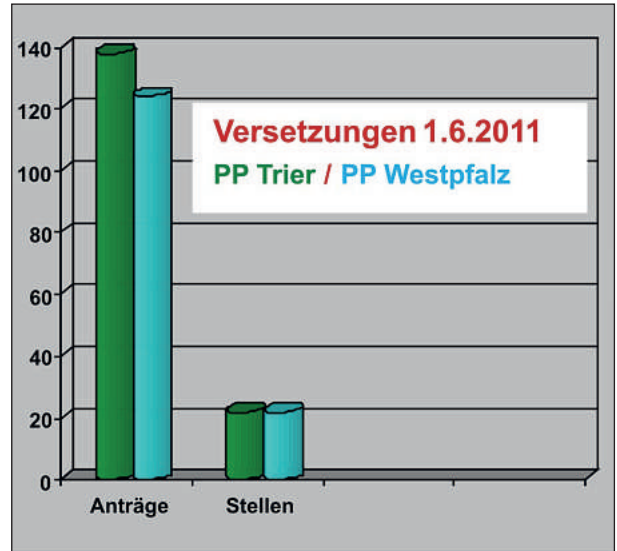
Sollten zwei Bewerberinnen das gleiche mod. Einstellungsdatum vorweisen, entscheidet die Entfernung zwischen Wohnort und jetziger Dienststelle.

Die Versetzungen zwischen den Präsidien Koblenz, Mainz und Rheinpfalz sind unproblematisch, da dort mehr freie Stellen vorhanden sind, als es Interessenten gibt.

Problematik Westpfalz und Trier


Problematischer ist die Versetzung zum PP Westpfalz oder PP Trier. Hier kann nur ein Teil der freien Stellen durch Bewerber/-innen aus der Versetzungsliste besetzt werden, der andere Teil wird von den für das Präsidium Eingestellten besetzt. Dies soll der Überalterung der beiden Westpräsidien entgegenwirken.

Mit dem mod. Datum Mai 90 konnte man in diesem Jahr zum PP WP versetzt werden, für das PP TR brauchte man September 89. Neben diesen Daten ist es



jedoch auch von Belang, welche Dienststellen man im Versetzungsgesuch angegeben hat. Ausschließliche Wünsche z. B. PAST Kaiserslautern oder PI Baumholder können dazu führen, dass man trotz gutem mod. Einstellungsdatum nicht versetzt wird, weil dort keine freien Versetzungsstellen gemeldet werden.

Der aktuelle Listenplatz gibt keine genaue Auskunft darüber, auf welchem Platz man für das nächste Jahr steht. Manche Kolleginnen und Kollegen haben bisher noch nie ein Versetzungsgesuch vorgelegt, außerdem verschiebt sich die Liste durch die Geburt von Kindern. **Dieser Artikel kann nicht alle Fragen zum Versetzungsgeschehen beantworten, eure Personalräte helfen aber gerne weiter.**

 DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Rheinland-Pfalz**

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-tp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Bernd Becker (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
E-Mail: BerndBecker4470@aol.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

GLÜCKWUNSCH

Urgestein Wilfried Gruber



Aus Anlass seines 80. Geburtstages lud der erfrischend agile Wilfried Gruber im Rahmen eines Seniorentreffens der GdP-Kreisgruppe PP/PD Mainz zu einem Imbiss ins Mainzer Proviantmagazin ein. Für die KG gratulierte Vors. Michael Schweikhard und überreichte einen Einkaufsgutschein. Wilfried ist seit 1958 Gewerkschaftsmitglied, war als Arbeitvertreter viele Jahre im Personalrat des PP Mainz und stand von 1977 bis 1984 dem Gremium vor. Legendär sind seine Schlitzohrigkeit und seine guten Beziehungen in Landespolitik und Wirtschaft.



GEWALT GEGEN POLIZISTINNEN UND POLIZISTEN

Thema Gewalt gegen Polizei beim „General“ nicht unbekannt

GdP-Vertreter sind mit dem Koblenzer Generalstaatsanwalt Erich Jung einig: Das Phänomen der Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten soll besser erforscht werden.

Ein Sonderdezernat für Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten bei der Staatsanwaltschaft ist nicht erforderlich. In dieser Einschätzung waren sich Generalstaatsanwalt Erich Jung und die GdP-Vertreter Ernst Scharbach, Markus Stöhr und Bernd Becker einig. Spezialisierung sei dort erforderlich, wo ein hohes Maß an Spezialwissen herangebildet und gepflegt werden müsse. Bei Widerstandsdelikten oder Angriffen auf Polizistinnen und Polizisten komme es vielmehr darauf an, Sensibilität für die Kriminalitäts- und Sicherheitslage im Allgemeinen, sowie für die Besonderheiten des Einzelfalls zu entwickeln.

Bereits im Herbst 2010 haben sich die Staatsanwaltschaften mit dem Thema Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten befasst und Zahlen und Erkenntnisse zusammengetragen. Wegen fehlender statistischer Möglichkeiten lassen sich zahlenbezogene Aussagen allerdings nur für den Tatbestand des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte treffen. Demnach werden in dem beispielhaft ausgewerteten Bereich einer Staatsanwaltschaft des Bezirks der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz 50% der angezeigten Widerstandshandlungen durch Anklageerhebung abgeschlossen.

Unter den eingestellten Verfahren seien insbesondere solche, die neben einer schwerwiegenden „Anlasstat“, beispielsweise einem Raubdelikt, geringfügig erscheinende Widerstandshandlungen zum Gegenstand hätten.

Wir wissen zu wenig

Insgesamt teilt Herr Jung mit den GdP-Leuten die Einschätzung, dass zu den statistischen Hintergründen zu wenig bekannt ist. Beispielsweise kann die Staatsanwaltschaft Beleidigungen oder Körperverletzungen zum Nachteil von Polizistinnen und Polizisten nicht ohne unvermeidbaren Aufwand herausfiltern.

Den Staatsanwaltschaften lägen allerdings keine Erkenntnisse vor, die Anlass geben könnten, Änderungen der derzeitigen Sachbehandlung herbeizuführen. Um belastbarere Erkenntnisse zu gewinnen, müssten ggf. vertiefende Erhebungsmethoden, wie Aktenstudium oder



Stöhr, GenStA Jung, Scharbach, Becker

Befragung von Akteuren, etwa im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Anwendung kommen.

Nicht auf Anzeige verzichten

Staatsanwältinnen und Staatsanwälte seien sehr wohl für das Thema Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten sensibilisiert, meint **Erich Jung** und empfiehlt, nicht von vornherein auf die Anzeige von strafbewehrten Sachverhalten zu verzichten.

Bei der Staatsanwaltschaft sei nur bekannt, was auch vorgelegt werde. Die Entscheidungen der Strafverfolgungsbehörden und der Gerichte hätten sich letztlich allerdings an den Gegebenheiten des Einzelfalls auszurichten.

Bernd Becker wies in diesem Zusammenhang auf die generalpräventive Bedeutung von Einzelfallentscheidungen hin. Insbesondere in Jugendgruppen oder in der jeweiligen „Szene“ spreche sich sehr schnell herum, wenn Ausfälle gegenüber der Polizei konsequent bestraft würden. Auch das sei den sachbearbeitenden Staatsanwälten bewusst, war sich der Koblenzer Generalstaatsanwalt sicher: „**Wir wissen, dass es bei Beleidigungen oder täglichen Angriffen gegenüber Polizeibeamten nicht nur um den betroffenen Menschen, sondern auch um den Repräsentanten des Staates geht**“, stellt er klar. Zu schützendes Rechtsgut sei daher auch die Autorität des Staates.

Thema auf der Tagesordnung halten

Herr Jung und die GdP gingen in der Absicht auseinander, Möglichkeiten auszuloten, wie der aktuelle Informationsstand verbessert werden kann.

DNA-Intern und Amtliche Leichenschau

Weiteres Thema des Treffens zwischen „General“ Jung und der GdP war der Aufbau einer polizeiinternen DNA-Datei mit den DNA-Mustern von Polizistinnen und Polizisten. Mitentscheidend für die Akzeptanz einer solchen Datei, so **Ernst Scharbach**, sei die Verfahrensweise der Staatsanwaltschaften. Das jüngst von den Generalstaatsanwaltschaften an das LKA gerichtete Schreiben habe an dieser Stelle für Klarheit gesorgt, war die positive Rückmeldung der GdP an die „Herrin des Strafverfahrens“. „Polizeiintern überwiegt die Skepsis“, berichtete Ernst Scharbach von einem Treffen mit Experten aus einschlägigen Kommissariaten.

Zu guter Letzt zeigten sich alle Gesprächspartner zufrieden mit der sich abzeichnenden Entwicklung bei der **Amtlichen äußeren Leichenschau**.

Einhellige Auffassung: Wenn jede Leiche von einem besonders ausgebildeten und amtlich verpflichteten Arzt gesehen wird, ist das ein Gewinn für die rechtsstaatliche Strafverfolgung.



Wir brauchen keine Superpolizei

Bernhard Witthaut empfindet 100 Tage nach seiner Wahl die Aufgabe als Bundesvorsitzender der größten Polizeigewerkschaft der Welt als „riesengroße Bereicherung“.

Bernhard Witthaut nahm bei seinem Besuch in Rheinland-Pfalz an einer Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes teil, führte Gespräche im Innenministerium sowie im LKA und traf sich abends mit Experten zu weiten Bereichen der Kriminalitätsbekämpfung.

Eine Woche danach ergab sich anlässlich der Tagung der Landesredakteure der DEUTSCHEN POLIZEI die Gelegenheit zum Interview.

Wolfgang Ahlers (Bremen) und Bernd Becker wollten über den Menschen und Polizisten Witthaut ebenso etwas erfahren, wie zu seinen Plänen für die BundesGdP. Auch sicherheitspolitische Fragen spielten eine Rolle.

DP: Kollege Witthaut, gibt es ein Leben vor der GdP. Was war deine letzte dienstliche Funktion?

Witthaut: Vor meiner Freistellung für die Personalratsarbeit auf örtlicher und Landesebene war ich zuletzt Leiter eines Ermittlungsdienstes in einer Polizeinspektion.

DP: Die ersten 100 Tage sind bald vorbei. Fühlst du dich noch wohl in den großen Spuren, die dein Vorgänger hinterlassen hat?

Witthaut: Ich empfinde meine neue Aufgabe als eine riesengroße Bereicherung. Ich komme mit sehr vielen hochinteressanten Menschen zusammen und freue mich jeden Tag neu darüber, dass ich mich für die Belange von über 170 000 Mitgliedern und für eine solidarische Gesellschaft einsetzen darf. Natürlich ist Berlin manches Mal ein Haifischbecken. Ich versuche, der Mediengesellschaft dadurch gerecht zu werden, dass ich Linie halte und nicht auf Effekthascherei und große Sprüche setze, wie wir das von anderen Organisationen erleben. In der GdP setze ich auf Teamarbeit. Der Bundeskongress hat die Weichen für eine gedeihliche Zusammenarbeit mit den Landesbezirken gestellt. Derzeit besuche ich möglichst alle Bezirke und sauge die Eindrücke auf; parallel baue ich ein Netzwerk von Fachleuten auf, die mich – zusammen mit den Fachausschüssen und der Bundesgeschäftsstelle – sprechfähig halten sollen.

DP: Vier kriminalpolitische Botschaften in jeweils einem Satz?



Witthaut: Erstens: Wir brauchen keinen Einsatz der Bundeswehr im Innern, sondern eine klare Rechtslage für die Inanspruchnahme der Bundeswehr, wenn beispielsweise die Bewaffnung der Polizei nicht ausreicht, um schwere Gefahren abzuwehren.

Zweitens: Ich stehe unter dem Eindruck der jüngsten Geschehnisse in Dresden, wo über 70 Kolleginnen und Kollegen verletzt wurden. Deshalb: Die Gewaltexzesse bei Rechts-Links-Demonstrationen sind nur in den Griff zu kriegen, wenn die Versammlungsbehörden und Verwaltungsgerichte durch entsprechende Auflagen für beherrschbare Lagen sorgen und wenn wir dafür Sorge tragen, dass das „Recht auf Widerstand“ nicht gleichgesetzt wird, mit dem Recht, gegen Polizistinnen und Polizisten Gewalt anzuwenden.

Drittens: Wir brauchen keine Superpolizeibehörde aus BKA und Bundespolizei und schon gar nicht die Aufgabe föderalistischer Strukturen der Polizei; viel wichtiger wäre eine Angleichung der wesentlichen Eingriffsermächtigungen in den Polizeigesetzen der Länder und des Bundes.

Viertens: Die Regelung der Vorratsdatenspeicherung ist bittere Notwendigkeit und längst überfällig. Frau Leutheuser-Schnarrenberger, geben Sie Ihre Blockade auf.

DP: Zusatzfrage Bernhard: Wie war es in Rheinland-Pfalz?

Witthaut: Eure Sitzung habe ich als sachlich und zielstrebig empfunden. Die Gespräche mit den Kollegen vom Fach waren sehr hilfreich. Der Umgang, der bei euch gepflegt wird, auch mit Behördenleitungen und Innenministerium ist beeindruckend.

kurz & knackig

■ Gesundheitswirtin wird eingestellt

Das Ministerium des Innern hat unter Beteiligung des Hauptpersonalrates Polizei und des Allgemeinen Personalrates der Bereitschaftspolizei ein Auswahlverfahren zur Einstellung einer Gesundheitswirtin / eines Gesundheitswirtes durchgeführt.

Bei Redaktionsschluss hatte eine der Wunschkandidatinnen ihre Einstellungszusage erteilt.

Die GdP hat sich seit Jahren um diese Personalmaßnahme bemüht und freut sich über einen weiteren wichtigen Baustein für das Behördliche Gesundheitsmanagement.

■ Redaktionsschluss für Jürgen Moser

Für Jürgen Moser war es im März die letzte Tagung der Landesredakteure der GdP-Zeitschrift DEUTSCHE POLIZEI.



1998 hatte er die Aufgabe des Landesredakteurs von Winfried Hartenberger übernommen und arbeitet derzeit seinen Nachfolger ein.

Mit anerkennenden Worten und einem kleinen Präsent bedankte sich der Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut beim Kollegen Moser für die langjährige Wahrnehmung dieser wichtigen Aufgabe. Jürgen hat in dieser Zeit insbesondere bei Fragen der EDV-mäßigen Abwicklung Akzente gesetzt.

Anzeige

PSW-Rabatt?
0 61 31/9 60 09 23

psw-reisen@gdp-online.de



VERWENDUNGSZEITRAUM IN DER FAHNDUNG

Hauptpersonalrat und Fahnder suchen nach Lösung



Alle Fahndungschefs waren zu dem Treffen in Koblenz gekommen, um mit den Vertretern des HPRP (links Bernd Becker, hinten links Ernst Scharbach) über die Verweildauer in der Fahndung zu sprechen. Egal, ob Großstadt Koblenz oder Autobahn: Alle Fahndungschefs plädierten eindringlich dafür, die Kollegen/-innen der Schutzpolizei länger in der Fahndung arbeiten zu lassen. Ernst Scharbach und Bernd Becker wiesen auf alle Probleme hin, die damit verbunden seien, beispielsweise die Schwierigkeit der Anschlussverwendung. Am Schluss der Diskussion standen gemeinsame Eckpunkte, die der HPRP-Vorstand jetzt im ISM diskutieren will. Einigkeit herrschte darüber, dass keine falschen Hoffnungen geweckt werden dürfen und rechtzeitig an die Folgeverwendung gedacht werden muss. Ernst Scharbach dankte dem Koblenzer Fahndungsleiter Ulrich Sopart für den Anstoß und die Gastfreundschaft.

FACHAUSSCHUSS SCHUTZPOLIZEI KONSTITUIERT

Stellenwert der Polizei ausbauen

Tina Horn von der Bezirksgruppe Mainz steht für die kommenden vier Jahre dem Fachausschuss Schutzpolizei vor. Der Ausschuss will in der GdP Akzente setzen und am Zukunftskonzept „Polizei 2026“ mitwirken.



V. l.: Thomas Sutter, Kerstin Leicher, Björn Neureuter, Ingo Schütte, Andreas Fingerle, Walter Riedl, Sebastian Linne, Jürgen Heermann, Klaus Sommer, Anja Rakowski, Helmut Knerr, Tina Horn, Volker Orben

Als Stellvertreter der neuen Vorsitzenden des FA Schutzpolizei wurden Klaus Sommer und Björn Neureuter gewählt. Als Schriftführer stellten sich Achim Recktenwald und in Vertretung Kerstin Leicher und Raphael Schäfer zur Verfügung und wurden einstimmig bestätigt.

Der Fachausschuss hat sich vorgenommen, die Beschlüsse des 2010er Delegiertentages den notwendigen fachlichen Betrachtungen zu unterziehen und will tatkräftig in die Formulierung des GdP-Programms „Polizei 2026“ einsteigen.

Tina Horn: „Vor dem Hintergrund, dass wir tendenziell immer weniger und älter werden, muss die Bewältigung der vielfältigen Einsatzlagen und Schwer-

punktverlagerungen der Polizeiarbeit auch für uns ein Thema sein.“ Dabei will der Fachausschuss die Problemstellungen vor Ort aufgreifen und in die GdP-Arbeit einspeisen.

Im politischen Raum gelte es, so die Ausschussmitglieder unisono, den Stellenwert der Polizei auszubauen und stetig auf die wichtige Rolle der Polizei in der Gesellschaft hinzuweisen.

Ernst Scharbach, Heinz Werner Gabler und Helmut Knerr berichteten über die aktuellen Sachstände der GdP-Arbeit! Zukünftig werden Helmut Knerr als stellvertretender Landesvorsitzender und Ingo Schütte Mitglied des Landesvorstandes dem FA „Schutzpolizei“ als Ansprechpartner zur Seite stehen. „Vor uns liegt sehr viel Arbeit, aber diese Situation bietet auch die Möglichkeit, Meinungsbildung zu betreiben und Lösungsansätze für die Polizeiarbeit zu finden“, so die frischgebackene FA-Vorsitzende Tina Horn. Horn weiter: „Gemeinsam mit den FA-Mitgliedern möchte ich Antworten zu den Problemstellungen aus der gesamten Polizei für die Kolleginnen/Kollegen finden und dem GdP-Landesvorstand für die gewerkschaftliche Arbeit aufzeigen.“

HK

Anzeige

POLIZEI Klettnamen
 - gestickt oder reflektierend – www.stickharrer.de -



175 Einstellungen am 2. Mai 2011

Einstellungen

Zum 2. Mai 2011 können insgesamt 175 Studierende **eingestellt** werden: 61 KO, 39 MZ, 47 RP, 13 WP, 15 TR.

Gewalt

Die AG „**Gewalt gg. Polizeibeamte/-innen**“ diskutierte das Lagebild RLP 2010. 91% der Übergriffe treffen die Streifenbesatzungen. Intensiv wurde der Übergriff im PP Trier besprochen. Themen waren auch Wirkung / Nichtwirkung von Pfefferspray, Taschenlampe und Einsatzstock.

Die ZPT entwickelt Vorschläge zur einheitlichen und zentralen Ausschreibung.

Koll. **Ralf Krämer** legte ein beeindruckendes Trainingskonzept (nicht nur) für den Einzeldienst vor. Es soll ein Merkblatt für den Umgang mit Fällen von Gewalt gegen PB entwickelt werden. **Ernst**

Scharbach schlug eine Studie zum Umgang mit den Vorgängen bei der Justiz vor und eine weitere zum Rückzug aus Einsatzräumen.

Verpflegung

Die AG Einsatz-**Verpflegung** prüft Verbesserungsmöglichkeiten in quantitativer und qualitativer Hinsicht, teilte Koll. **Helmut Knerr** mit.

Mehrarbeit / Fahndung

Aus der AG **Mehrarbeit** berichtete Koll. **Hubert Bender**. Die AG trägt die einschlägigen Vorschriften zur Arbeits-

Die VV Anlassbeurteilungen sollen überarbeitet werden.

Anregungen bitte an gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

zeit in RLP zusammen, incl. der Rechtsprechung des EuGH.

Die Koll. **Bernd Becker** und **Ernst Scharbach** diskutierten mit Kollegen der Fahndung des PP KO über die Fragen Zusammensetzung der Fahndung und insbesondere der Dauer des Verbleibs der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dienststellen von S befürchten die Verfestigung der dauerhaften Abwesenheit ihrer Mitarbeiter; die Chefs der Fahndung wünschen sich hingegen längere Anwesenheiten zur Sicherung der Orts-, Lage- und Personenkenntnisse. Die Problematik soll dem ISM unterbreitet werden.

*Margarethe Relet (Polizeibeschäftigte)
Ernst Scharbach (Beamte)*



FACHAUSSCHUSS KRIMINALPOLIZEI

FAK fackelt nicht lange: Viel vorgenommen



Gerald Gouasé (2. v. r.) ist erneut Vorsitzender des FAK; Werner Comes (rechts) sein Vertreter.

V. l. n. r.: Bernd Becker (gLV), Manuel Kiy, Robert Gorris, Ernst Scharbach, Christiane Schäfer, Axel Schreiner, Dietrich Gödker, Michael Harm. Neu im Gremium ist Manuel Kiy vom LKA und der Kollege Jörg Wilhelm, der terminlich verhindert war.

Gerald Gouasé blickte nach seiner Wiederwahl kurz auf vier erfolgreiche Jahre für den Fachausschuss Kriminalpolizei (FAK) zurück und bedankte sich ausdrücklich für die Bereitschaft vieler, eine weitere Legislaturperiode im Gremium mitarbeiten zu wollen. Dies sei gut für die Konstanz der Arbeit.

Zwei vielbeachtete Foren, die alljährlichen Workshops S&K, FA-K vor Ort in Mainz und Koblenz sowie zahlreiche Veröffentlichungen nannte Gouasé beispiel-

haft und bedankte sich für die Unterstützung durch Bernd Becker, der auch in der neuen Periode, den FAK von Seiten des Landesvorstandes betreut.

Der FAK hat sich in seiner konstituierenden Sitzung gleich viel vorgenommen, wobei die stellvertretenden Mitglieder umfassend informiert und einbezogen werden sollen.

Die nächste Sitzung soll sich im April mit den zahlreichen Neuerungen (z. B. DNA, MEK) beim LKA befassen.

Als Dauerbrenner werden die Themen Organisationsentwicklung, Gewaltdelikte gegen Polizeibeamte und Verbesserung der Leichenschau den FAK weiter begleiten.

Aktuell kümmert man sich um die Einrichtung einer Datei „DNA-Intern“ und um die Frage der Bekleidung und Schutzausstattung für Kriminalbeamte.

Wird die Polizei – so wie sie aufgestellt ist – dem Thema Bandenkriminalität gerecht?

Eine sehr spannende Frage, deren Beantwortung weitere organisatorische Änderungen zur Folge haben könnte.

Die neue Asservatenrichtlinie führt vielerorts zu Vollzugsproblemen; es müssen Beschaffungen folgen, damit diese Vorschrift überhaupt eingehalten werden kann, stellt der FAK fest.

Die Handhabung örtlicher Haftbefehle sowie die sinnvolle Nutzung von Alarmierungs- und Ortungssystemen haben sich die "Kriminalen" als Themen vor die Brust genommen.

Die Evaluation von VISIER will der FAK aktiv begleiten und den Vergleich zu anderen Bundesländern herstellen.

Gemeinsame Themen mit dem FA Schutzpolizei könnten sein: Der Polizeibeamte als Zeuge vor Gericht, Bandenkriminalität und Rockerkriminalität.

Gerald Gouasé:

„Vier spannende Jahre liegen vor uns.“



POLAS
POLIZEIAUSRÜSTUNG & SICHERHEITSDARF

10 %

Rabatt

für GdP-Mitglieder

in allen Polas-Shops
und unter

gdp.polas24.de



5%

Rückerstattung
des Reisepreises
lt. den Bestimmungen
von PSW-Reisen GbR

Ausgewählte Angebote Ostern 2011
Flüge ab Frankfurt, alle Transfers und Hotel
mit der jeweiligen Verpflegung.



MALLORCA

20. April – 27. April 2011
****Hotel Las Arenas
p.P. im DZ/HP, Meerblick
454 €



MALLORCA

23. April – 30. April 2011
****Bahia de Alcudia
p.P. DZ/HP
487 €



ZYPERN

22. April – 29. April 2011
**** Hotel Napa Plaza
p.P. im DZ/HP,
731 €
****Hotel Anastasia Beach
p.P. DZ/HP
755 €



LANZAROTE

23. April – 30. April 2011
****Hotel Occidental Allegro Oasis,
p.P. DZ/Al Meerbl. **832 €**
****Hotel Occidental Grand Teguisse Playa,
p.P. DZ/HP **840 €**

Buche jetzt den Frühling!

Städtereisen über Ostern

22. – 25. April 2011
(3 Nächte), alle Angebote
Gesamtpreis für 2 Personen
DZ/F, Selbstfahrer

Berlin ab	156 €
Hamburg ab	200 €
Madrid ab	198 €
Barcelona ab	167 €
Rom ab	197 €
Florenz ab	236 €
Venedig ab	312 €
Paris ab	192 €



Rufen Sie an!
Wir haben noch weitere Angebote.
Gerne buchen wir auch den Flug.



Bei uns können Sie sich noch
große Sprünge leisten!



PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN

PSW-Reisen GbR
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Tel.: 06131-9600923 . Fax: 9600922
www.psw-reisen.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de



Alterns- und krankheitsgerechte Arbeitsplätze

Uwe Kaßler von der BG Koblenz leitet für die kommenden vier Jahre den Fachausschuss

Die neue Aufgabenverteilung nach dem Landesdelegiertentag 2010 führte dazu, dass Josef Schumacher, nunmehr Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand, politisch zuständig für den Geschäftsbereich Gesundheitsschutz wurde. Neuer Vorsitzender des Fachausschusses für Gesundheitsförderung und Arbeitsschutz (FAGA) wurde Uwe Kaßler, der seit dem Delegiertentag dem Landesvorstand als Vertreter für die schwerbehinderten Menschen angehört.

dern des Ausschusses. Bestes Beispiel der unterstützenden Tätigkeit des FAGA sind die in den letzten Jahren behandelten Themenbereiche Behördliches Gesundheitsmanagement sowie Innenraumbelastung durch Emissionen aus Bürogeräten, wie z. B. Laserdruckgeräten.

Schumacher: „Die Fortschritte an diesen Baustellen haben sehr viel mit der nachhaltigen Arbeit der GdP zu tun.“

Die Arbeit sei längst nicht erledigt, meinte Schumacher. Beim BGM gehe es jetzt darum, den Erfolg zu sichern. Dazu gehöre, wirklich alle Arbeitsfelder zu bedienen und nicht bei der Verhaltensprävention stehen zu bleiben. Aktuell stehe

dungsbeurteilung für den Wechselschichtdienst erstellt. Auch beim optimierten Druckmanagement geht es darum, war man sich einig, jetzt den Erfolg zu sichern.

Zu den anstehenden Arbeitsfeldern zählen – so die Vereinbarung des FAGA – das Thema „alterns- und krankheitsgerechte Arbeitsplätze“, die Gestaltung des Gesundheits- und Präventionsportes.

Uwe Kaßler: „Auch bei der Einführung des Digitalfunks werden wir ein wachsames Auge auf den Gesundheitsschutz legen. Mit Spannung warten wir auf die Ergebnisse der bisher in Auftrag gegebenen Studien und die Ergebnisse der Klageverfahren in England.“

Beate Scheid wird ihren Schwerpunkt auf den Gesundheits- und Präventionsport legen. Sie fordert für Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte die gleichen Regelungen, wie für Polizistinnen und Polizisten und begrüßt die neuerdings gegebene Möglichkeit der Teilnahme im Hinblick auf die Regelung des Unfallschutzes. JS



V. l.: Wolfgang Marx, Beate Scheid, Uwe Kaßler, Norbert Walter, Patrick Huppert, Alfred Cuidon, Jürgen Cörper, Achim Scherthan, Jörg Hemmerling, Paul Meurisch und Josef Schumacher (nicht im Bild: Thomas Loerzer)

Im Amt verblieben die bisherigen Vorstandsmitglieder: **Beate Scheid** (PD KH) als Stellvertreterin sowie **Wolfgang Marx** (PP TR) als Schriftführer. Insgesamt gibt es Kontinuität bei den Mitglie-

die seit drei Jahren von der GdP geforderte Einstellung einer Gesundheitswirtin an. Die GdP beteilige sich an der Vorbereitung der weiteren Belastungsuntersuchungen und es werde eine Gefähr-

VERSAMMLUNG DER KREISGRUPPE KOBLENZ

Am Montag, dem **11. 4. 2011**, findet um **15.00 Uhr in Raum 195** des PP die Mitgliederversammlung der **Kreisgruppe PP/PD Koblenz** statt. Zuvor, um **13.30 Uhr in Raum 193**, sind langjährige Mitglieder zur Ehrung eingeladen.

WIR TRAUERN UM

Heide Lore Wiegner, 42 Jahre
Ehefrau von Koll. Rene Wiegner, KG PD Kaiserslautern

Maria Koch, 88 Jahre
Ehefrau von Koll. Heinz Koch, KG Neuwied-Altenkirchen

Anneliese Lipps, 85 Jahre, KG PD Pirmasens

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Richard Schmitt, KG PD Kaiserslautern

Gerhard Haufe, KG PD Worms

Franz Josef Best, KG PP/PD Koblenz

Joachim Englert, KG Vorderpfalz

Die GdP wünscht alles Gute und viele gesunde Jahre

